

Sächsische Volkszeitung

Wenigfeuer: Stetzelöffnung ist der Feuerlöscheinleiter über von der Seite abgesetzte Ausgabe A mit Winkel. Schläge 10.20 A. Ausgabe B 9.45 A. Da Dresden und ganz Deutschland jetzt durch Ausgabe A 10.65 A. Ausgabe B 9.90 A. — Die endgültige Feuerlöschung erscheint an allen Wochentagen nötig. — Spritzlöscheinleiter bei Reaktionen: 11 bis 12 Uhr bzw.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Sammleranzeigen bis 11 Uhr abends. — Preis für die Zeitungsseite 1,40 M., im Reformatell 0,50 M., Familien-Anzeigen 1,30 M. — Für unbedeutlich geschriebene, schwer durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Beantwortbarkeit der die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Landwirt, obacht!

Es wird nach einem bekannten Wort nie mehr — erzählt als im Kriege, nach der Jagd und vor der Wahl. Es gibt auch heute noch Leute, die glauben, daß geeignete Objekt für ihre Wahlmänner sei der Landwirt. (Das hat wieder der Wahlkämpfer der Deutschen-Nationalen (siehe „Sächsische Volkszeitung“ Nr. 111 vom 18. Mai) behauptet.)

Was der Bauerömann als sein Höchstes ehrt und schätzt, das ist neben einer christlichen Weltanschauung seine Scholle, sein Grund und Boden. Wer ihm in diesen beiden Dingen zu nahe treten will, der hat mit einer entschiedensten Gegnerschaft zu rechnen.

Es gibt Parteien, die früher mit den Bauern gar nichts zu tun haben wollten; heute aber umwerben sie ihn und suchen ihn zu sich hinüberzuziehen. Mit dem Programm der christlichen Weltanschauung aber kann ihm keine biecher Partei kommen; denn es gibt außer der Zentrumspartei keine, die die wirkliche Verteidigung der christlichen Weltanschauung auf ihre Fahne geschrieben hat. So muss man einen Trick erfinden. Nichts einfacher als das. Man schickt Agitatoren aufs Land und lässt sie den Bauern predigen, daß Zentrum habe in der Nationalversammlung den Bauernstaub vertraten. Die Begründung, die man dazu zu hören bekommt, ist ebenso kurz wie interessant. Das Zentrum, so sagt man, habe an der Sozialisierung mitgearbeitet und habe dadurch den Bauern in ferner Weise und Unabhängigkeit von der Scholle verraten.

Wie aber steht die Sache in Wirklichkeit? Es gibt Parteien, die dem Zentrum vorwerfen, es habe für die Bauern nichts getan. Wenn aber hat der Bauernstand es zu danken, daß er sich zu Macht und Ansehen emporarbeiten konnte. Niemanden außer als den Partei, die wegen ihres entschiedenen Untreitens mit dem Bauernstand Jahrzehntelang dem Hohn und Spott der anderen ausgesetzt war. Und diese Partei soll sich nun so plausibel geführt haben — das Zentrum soll nun auf einmal sein im Programme untreu geworden sein und den Bauernstand betraten haben?

Oberster Grundsatz des Zentrums war und ist heute noch, daß Wohl aller, für das Gemeinwohl zu arbeiten. Nicht die angezielte, uneingeschrankte Gewinnsucht des einzelnen soll maßgebend und richtunggebend für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens sein; sondern das wirtschaftliche und soziale Wohl der Gesamtheit. Der Mensch, nicht das Kapital soll Mittelpunkt des Wirtschaftslebens sein. So ist das Zentrum dem Liberalismus entgegentreten, der im Arbeiter nur das Ausbeutungssubjekt sah. Das Gemeinwohl steht über den Weltinteressen des Kapitals. Zu dieser Stellungnahme ist das Zentrum durch seinen christlichen Charakter, durch seine christlichen Grundsätze verpflichtet.

Aus diesem Gebanlungsgang heraus hat das Benteum bei den Sozialisierungsbüchern mitgearbeitet; es ist ihm aber zugleich gelungen, der unverhüllten, zäglosen Sozialisierungswut der Sozialdemokratie das Wasser abzugeben. Denn was diese wollte, das hätte einen Wiederaufbau ein für allemal unmöglich gemacht und alles in Trümmer gespißt.

Nun, Sandwitt, pass auf! Diese Agitatoren, die dich dem Yen-
tum entfremden möchten, sagen dir nicht, wie das Zentrum an der
Sozialisierung und am Sozialisierungsgesetz mitgearbeitet hat? Und
gerade darauf kommt es an.

1. Das Rzentrum sorgte dafür, daß in dem Gesetz die Entschädigungspflicht festgelegt wurde. Dadurch ist erreicht, daß die Verletzung des Privateigentums im Prinzip anerkannt ist, wenn wo keine Eigentumsberechtigung anerkannt wird, dann auch keine Rechte von einer Entschädigung fehlt. Damit also ist es dem Rzentrum zu verdanken, daß das Gesetz amerkennt, daß Haus und Hof und Feld Eigentum des Bauern ist.
 2. Das Rzentrum sorgte dafür, daß in dem Gesetz ausdrücklich festgelegt wurde, daß nur sozialisiert werden darf „im Falle eines drohenden Bedrof nisses“. Das bedeutet nichts anderes als einen hervorragenden Schutz vor allem für unsere Landwirtschaft, die dadurch gegen die Sozialisierungsträume in weitestgehendem Maße gesichert ist.
 3. Das Rzentrum sorgte dafür, daß festgelegt wurde, daß nur durch Reichsgesetz sozialisiert werden darf. Damit ist jeder Eigentumsrechtler Tür und Tor verammelt. Jedesmal muß der ganze große Gesetzesapparat, Reichstag, Reichsrat, Reichspräsident und in Zukunft soll auch das Reichswirtschaftsamt in Aktion treten müssen.

in Bewegung gesetzt werden.
So sieht die Mitarbeit des Zentrums am Sozialisierungsgesetz aus. Wie Unvernunft oder böser Wille kann da von Verrat sprechen. Lampert Wahlschwindel ist die Behauptung, das Zentrum habe die Juuen verraten. Vorgegenwärtigen sich jene, die den Vorwurf des Verrats erheben, was gekommen wäre, wenn das Zentrum nicht in die Speichen gegreissen hätte, wenn es mit den Rechtsparteien in die Koalition getreten wäre und damit unser ganzes Wirtschafts- und Sozialleben der Experimentenpolitik der Sozialdemokratie ausgeliefert hätte? Denken Sie Herren daran nicht mehr?

Mit diesem „Vertrag“ ist es also nicht. Die Bauern sind dem Zentrum dankbar, daß es für ihre Interessen so unverdrossen einzutreten ist. Daß dem Zentrum jeder Bauernvertrag fernliegt, das zeigt auch sein Verhalten bei dem Zustandekommen des Siedelungsgesetzes. Dieses Gesetz arbeitet dem Sozialisierungsgesetz insofern entgegen, als es eine Vermehrung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe bewirkt und damit dem Rißt dienen will, an dem die Zentrumspartei immer gearbeitet hat: Freier Bauer auf freier Scholle!

Das ist die Bauernpolitik des Zentrums. Wer wollte ihm dieses große Verdienst streitig machen? Es ist ein Versuch mit unangemessenen Mitteln, wenn man den christlichen Bauernstand, soweit er dem Zentrum angehört, mit solchen Wählern von seiner Überzeugung losreissen will. Der Bauer weiß, wo seine Standesinteressen vertreten werden; er weiß auch, wo seine kulturellen Güter geschützt werden und deshalb wählt er am 8. Juni die Liste des Zentrums, die Dr. Strieber-Biesch. Er weiß, daß er mit dieser Wahl am besten

getan hat. Wenn sie wirklich derartige Gefahren befürchtet, dann müsste sie auch von ihrem Standpunkt aus alles tun, um mit dazu beizutragen, daß das deutsche Kaiserreich nicht nach den Wahlen einem durch äußeren Druck zusammengezweichten Blod der Sozialdemokratie gegenübersteht. Die Auskünfte der „Täglichen Rundschau“ zeigen nämlich, welchen Gefahren das deutsche Volk entgegensteht, wenn die Wahlen der äußersten Rechten einen solchen Erfolg brächte, wie sie ihm erhoffen. Gegenüber solchen Gefahren, die gewiß von links härter drohen als von rechts, aber auch von dieser Seite, wie die Auskünfte der „Täglichen Rundschau“ beweisen bestehen, kann es nur eins geben: ein starkes Zentrum, welches allein in der Lage ist, Umsturzbemühungen sowohl von links wie von rechts hinnahmen zu halten.

Die deutsche Nationalversammlung

• 100 •

Ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer

Der Wahlkampf, der mit immer stärkerer Wucht einsetzt, zögert erfahrungsgemäß Überredungen und Streifführungen und treibt Blüten, die in weniger politisch erregten Zeiten jedem denkenden Leser ihren Wert erkennen lassen würden. Die altdutsche Presse, die, wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, sich ganz besonderer nationaler Gesinnung bei jeder Gelegenheit so gern zu rühmen pflegt, scheint dieses Wort aber nur im Munde zu führen, nicht aber im Herzen zu haben. Dafür ist neuerdings ein Beweis ein Aufsatz der "Täglichen Rundschau", die nicht davor zurücksteht, ganz offen mit dem Gedanken des Bürgerkrieges zu spielen. Michig ist, daß die Gefahr eines Umsturzes seitens der radikalen Linksparteien noch keineswegs als überwunden angesehen werden darf. Die Kommunisten und ihre Helfershelfer, die Unabhängigen, haben ihre Pläne, mit Hilfe eines gewaltsamen Umsturzes zur Macht zu kommen, keineswegs aufgegeben. Um so mehr müßten sich die Angehörigen aller staatshaltenden Parteien vor Augen halten, den Wiederaufbau des Vaterlandes sicherzustellen. Bei allem Trennen, was zwischen den Parteien liegt, bei allen Gegensätzlichkeiten ist ihnen doch eins gemeinsam, die Erhaltung und der Wiederaufbau des Vaterlandes. Diesem Gedanken wird wahrlich ein schlechter Dienst geleistet, wenn in der Art und Weise, wie die altdutsche Presse es seit Wochen und Tagen tut, gegen diejenigen Parteien gehegt wird, die durch ihr Zusammengehen im Reich die Erhaltung und den Wiederaufbau des Vaterlandes gewährleistet haben. Gewiß ist zuzugeben, daß über vieles, was seitens der Reichsregierung und den sie tragenden Parteien geschehen ist, eine abweichende Meinung möglich und vertretbar ist, aber diese abweichenden Auffassungen dürfen nicht dazu führen, daß Manze ausspiel zu seyn. Es ist eine mit den Tatsachen nicht übereinstim-

Abg. Frau Mende (D. Bp.) für die Vergewaltiger seiner Kinder kann niemand einen funken Liebe empfinden. Vielleicht nähigt es noch sich an den Markt zu werden.

Abg. Lawrence (Deutschland) begründet eine Antrittsrede betreffend Maßnahmen der internationalen Schleswigkommission, die von allen Fraktionen außer den Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und die sich über den Erlass dänischer Gesetze betreffend Einführung der Kronenwährung in der ersten Abstimmungszone beschwert. Da die Abstimmung noch nicht erfolgt sei, so ist

Reichsminister Dr. Köster: Die Schritte der Deutschen Regierung sind weder mit dem Geiste noch mit dem Vorlaufe des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben am 1. Mai mit einer Note in Paris und später in Altona Eindruck erhoben ohne Erfolg. Das steht in auf unserer Seite, aber leider nicht die Macht diese Nachbenennung zu hindern. Wir müssen im Süden der zweiten Zone eine vorläufige Währungsgrenze schaffen. Das geschah. Die zweite Zone wird uns auch engste angegeschlossen werden. Nach dem wahre beworbenem Mzang der Kommission aus Altona werden wir auch die Zollgrenze nach Süden legen können. Ganz Deutschland wird nicht stehen, bis alle innerstaatlichkeit deutschen Landesteile wieder mit uns vereint sind.

Abr. Pohlmann (Tenn.) bearücksichtigt eine Ausprägung aller Freiheiten mit Ausnahme der Unabhängigkeit betreffend die Rechte der zustimmenden Bevölkerung in den an Polen abgetretenen Gebieten. Diese Rechte würden ordnungsgemäß aufgeführte werden.

Reichsminister Dr. Röster: Die Reichsregierung wird wie bisher in der polnischen Frage das starke Recht des deutschen Volkes zu schützen wissen, insbesondere auf dem Gebiete des Westens.

haben müssen, insbesondere auch durch militärische Verhandlungen mit der Feinde, sobald es die Möglichkeit einer Wirtschaftlichen Friede gegenüber den Polen eben wie nach Möglichkeit und einer weiteren Raumausweitung der Ostfront und Korridore für die deutsche Expansion, die Überprüfung aufzuweisen, ob sie No. andern Tragen nun nicht auch entstehen sollte. Falls ja, das Feind ist darin überzeugt sind wir uns voll bewusst. In Paris, London und Rom haben wir die Sache bekanntzugeben. Wir sind bemüht, durch Verhandlungen die Wiederaufnahme einer ordentlichen Reichspolizei in

Wissenschaftlicher Dr. Ritter bei den Verhandlungen in der Re-

Verteidigungsminister Dr. Röder er bei den Verhandlungen in der belgischen Kommission war immer die Mode von einer Bündnervereinigung der Kreise mit Velsaien. Die Kreise haben niemals zu Velsaien gehört, ebenso wenig wie den Niederländern. Sie sind deutsch und haben verantwortlich nur einmal in Frankreich gehabt. Die Regierung hat ein anderes Material dafür, daß die belgische Regierung die freie Abmilderung sabotiert. Die Schulen und Ausweisungen mehrten sich im Tag zu Tag. Wie haben bei der belgischen Regierung, der Kreisabstimmung und dem Völkerbunde Einspruch erhoben.